

UNSER ESSEN, UNSERE ZUKUNFT

8 GREENPEACE-FORDERUNGEN FÜR DIE NÄCHSTE GAP-PERIODE



Landwirtschaft betrifft uns alle. Sie beeinflusst, was wir essen, und wirkt sich auf unser lokales Umfeld, das globale Klima und unsere Wirtschaft aus. Wie unsere Lebensmittel erzeugt werden, ist entscheidend für unsere Gesundheit und die Gesundheit des Planeten.

Aber unsere Zukunft ist bedroht – durch die industrielle Landwirtschaft und besonders durch die Massentierhaltung. Diese ist nicht nur grausam gegenüber Tieren, sie zerstört auch unsere Wälder, verschmutzt unser Wasser, trägt zur Klimaveränderung bei und gefährdet unsere Gesundheit. Weltweit verursacht die Fleisch- und Milchproduktion genauso viele Treibhausgase wie die Gesamtmenge aller Autos, Züge, Schiffe und Flugzeuge. Die Intensivtierhaltung trägt auch zu immer häufiger vorkommenden Antibiotikaresistenzen bei. Nicht zuletzt ist unsere fleischlastige Ernährung eine der Ursachen für die zunehmende Ausbreitung von Fettleibigkeit, Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Diabetes Typ 2 und einigen Krebsarten.

Ein halbes Jahrhundert lang hat die EU öffentliche Gelder investiert, um Einfluss auf die Nahrungsmittelproduktion in Europa zu nehmen. Aber bis heute ist es ihr nicht gelungen, uns und die Umwelt vor den negativen Auswirkungen der industriellen Landwirtschaft zu schützen. Im Gegenteil, die EU subventioniert sogar die Ausbreitung der industriellen Fleisch- und Milchproduktion durch ihre Gemeinsame Agrarpolitik (GAP).

Die nächste GAP-Periode startet im Jahr 2021 und die Verhandlungen haben bereits begonnen. Jetzt haben wir die Chance, das Ernährungssystem in Europa neu zu gestalten. Unsere Lebensmittel müssen nachhaltig, gesund und leistbar werden.

Greenpeace fordert von den europäischen Entscheidungsträgerinnen und -trägern in Brüssel und in den Mitgliedstaaten sicherzustellen, dass die künftige GAP unsere Gesundheit und die Umwelt schützt.

DAS BEDEUTET:



KEINE GAP-BEIHILFEN MEHR FÜR AGRARFABRIKEN

GAP-Beihilfen sind öffentliche Gelder und sollen nicht dazu verwendet werden, die Verursacher von Umweltzerstörung zu belohnen. Agrarfabriken tragen massiv zur Umweltzerstörung bei. Wo Tausende Tiere eng zusammengepfercht ihr Dasein fristen, werden große Mengen an gefährlichem Methan, Ammoniak und Lachgas freigesetzt. Folgende Agrarbetriebe sollten keine GAP-Beihilfen mehr erhalten:

- Betriebe mit mehr als 1,5 Großvieheinheiten (GVE) pro Hektar Land (eine GVE entspricht z. B. einer Milchkuh, zwei Sauen oder 37 Ferkel).
- Betriebe, bei denen weniger als 50 Prozent der verwendeten Futtermittel aus eigenem Anbau stammen, und/oder Betriebe, die Futtermittel (insbesondere solche, die zur Entwaldung beitragen) importieren.
- Betriebe, deren Tiere vorbeugend Antibiotika erhalten, sowie Betriebe, in denen ganze Herden behandelt werden, wenn nur ein Tier oder einige wenige Tiere erkrankt sind.



PRODUKTION VON WENIGER ABER BESSEREN FLEISCH- UND MILCH-PRODUKTEN FÖRDERN

Nur landwirtschaftliche Betriebe, die eines oder mehrere der folgenden Kriterien erfüllen, sollten GAP-Beihilfen erhalten:

- Der Betrieb setzt Maßnahmen zur Verringerung der Emissionen von Schadstoffen wie Methan oder Ammoniak um.
- Der Betrieb nutzt extensive und ökologische Tierhaltungssysteme.
- Der Betrieb hält den Antibiotikaeinsatz so gering wie möglich und verzichtet wo immer machbar darauf, insbesondere beim Einsatz von Reserveantibiotika aus der Humanmedizin. Damit wird die Gefahr der Entstehung resistenter Krankheitserreger verringert.



DEN ÖKOLOGISCHEN ANBAU VON OBST UND GEMÜSE UNTERSTÜTZEN

Obwohl die Nutztierhaltung weltweit für 14 Prozent der Treibhausgas-Emissionen verantwortlich ist, erhält der Bereich umfangreiche GAP-Beihilfen – in Form von Direktzahlungen oder auch durch Subventionen für den Anbau von Futtermittelpflanzen. Stattdessen sollten GAP-Gelder für folgende Leistungen eingesetzt werden:

- Den ökologischen Anbau von Obst, Gemüse und Hülsenfrüchten, die zum direkten Verzehr durch den Menschen bestimmt sind.
- Die Förderung von gesunder Ernährung, z. B. durch die Stärkung des EU-weiten Schulobst- und Gemüseprogramms oder durch Aufklärungskampagnen zu Fleischalternativen.



UMWELTAUFLAGEN VERSCHÄRFEN

Die Europäische Kommission hat angekündigt, die Umweltauflagen zu verschärfen, die Agrarbetriebe erfüllen müssen, damit sie GAP-Beihilfen erhalten. Eine Bindung der GAP-Gelder muss jedoch künftig die Einhaltung aller Umweltschutzvorschriften der EU umfassen. Dazu zählen auch die Vorschriften zum Schutz unseres Wassers vor Verunreinigung, zur Begrenzung schädlicher Emissionen, zur Verringerung des Pestizideinsatzes und zum Schutz wild lebender Tiere und ihrer Lebensräume. Erst dadurch würden Umweltschäden, die auf das Konto der Landwirtschaft gehen, wirksam verringert.



EU-MITGLIEDSTAATEN VERPFLICHTEN, ALLE GESUNDHEITS-, KLIMA- UND UMWELTZIELE DER GAP ZU ERFÜLLEN

Die Europäische Kommission hat neun übergeordnete Ziele vorgeschlagen, welche die EU-Mitgliedsstaaten mit nationalen GAP-Strategieplänen verfolgen können. Vier dieser Ziele betreffen die Bereiche Gesundheit, Klima und Umwelt. Es sollte keinesfalls den nationalen Regierungen erlaubt sein, sich beliebige Ziele auszusuchen. Sämtliche EU-Länder müssen verpflichtet werden, alle Gesundheits-, Klima- und Umweltziele vollständig zu erreichen.



BISHERIGE UMWELTMASSNAHMEN IN DER GAP STÄRKEN

Die Europäische Kommission möchte den Umweltschutz in der GAP verbessern. Doch nach dem neuen EU-Haushaltsentwurf sollen die Mittel für die Entwicklung des ländlichen Raums um ein Viertel gekürzt werden – und das, obwohl mit Hilfe dieses Budgettopfes die besten Maßnahmen zum Schutz von Gesundheit und Umwelt umgesetzt werden konnten. Die Finanzmittel für die Entwicklung des ländlichen Raums und insbesondere für die ökologische Landwirtschaft sowie für jene Landwirtschaft mit hohem Naturwert müssen deutlich aufgestockt werden.



MINDESTENS 50 PROZENT DER GAP-BEIHILFEN FÜR DEN SCHUTZ VON GESUNDHEIT, KLIMA UND UMWELT

Derzeit profitieren alle landwirtschaftlichen Betriebe von GAP-Direktzahlungen – unabhängig davon, ob sie der Umwelt und der Gesundheit der Menschen nutzen oder schaden. Diese Zahlungen weisen bis dato eine sehr schlechte Umwelt- und Gesundheitsbilanz auf. Die neue GAP muss sicherstellen, dass mindestens 50 Prozent dieser Direktzahlungen an konkrete Maßnahmen zum Schutz von Gesundheit und Umwelt geknüpft sind.



KLEINE UND NACHHALTIGE BETRIEBE FÖRDERN, NICHT DEN AUSBAU INDUSTRIELLER LAND- WIRTSCHAFT

Öffentliche Gelder sollen die Vielfalt auf unseren Feldern und Tellern unterstützen. Doch zwischen 2005 und 2013 musste ein Viertel der landwirtschaftlichen Betriebe in der EU (und damit 3,5 Millionen Betriebe) schließen. Die verbleibenden Betriebe hingegen sind immer mehr gewachsen, nicht zuletzt auch dank der GAP-Finanzierung, die vor allem der intensiven Landwirtschaft zugute kommt. Die neue GAP muss kleine landwirtschaftliche Betriebe fördern – sowohl solche, die bereits nach ökologischen Kriterien wirtschaften, als auch jene, die auf nachhaltigere Landwirtschaft umstellen, und zwar durch:

- Die Einführung einer Betriebsobergrenze für Subventionen – damit können Zuschüsse an größere bzw. industrielle Agrarbetriebe wirksam begrenzt werden.
- Eine degressive Staffelung der Zahlungen – das heißt, für die ersten Hektare und Tiere sollen Betriebe eine höhere Beihilfe erhalten.

**LANDWIRTSCHAFT MUSS IM SINNE UNSERER UMWELT UND
UNSERER GESUNDHEIT GESTALTET SEIN.**

**LANDWIRTINNEN UND LANDWIRTE BRAUCHEN EINEN SICHEREN
LEBENSUNTERHALT. DIE TIERE BRAUCHEN BESSERE HALTUNGS-
BEDINGUNGEN. UND WIR BRAUCHEN GESUNDE LEBENSMITTEL.**

**ES IST WICHTIG, DASS ENTSCHEIDUNGSTRÄGERINNEN UND
-TRÄGER AUS DEM BEREICH UMWELT UND GESUNDHEIT VOLLES
MITSPRACHERECHT BEI DER GAP-REFORM HABEN.**

**WARUM? WEIL DIE GAP AUSWIRKUNGEN HAT, DIE WEIT ÜBER DIE
LANDWIRTSCHAFT HINAUSGEHEN. SIE BESTIMMT, WIE WIR UNS
ERNÄHREN UND WIE WIR LEBEN.**

ES IST AN DER ZEIT, DIE GAP ZU VERÄNDERN!

Vi.S.d.P.: Greenpeace e.V., Christiane Huxdorff, Hongkongstraße 10, 20457 Hamburg, Mai 2018



**LESS MEAT
MORE
LIFE**

LESSISMORE.GREENPEACE.ORG